

ANTRAG

der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Demonstrationskultur schützen und stärken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Das Demonstrationsrecht als grundgesetzlich verankertes Bürgerrecht ist eine demokratische Errungenschaft. Das Grundgesetz schützt das Demonstrationsrecht als demokratisches Gut ganz besonders. Der Landtag steht für dieses Recht wehrhaft ein.
2. Das aktuelle Protest- und Demonstrationsgeschehen gibt im Zusammenhang mit staatlichen Corona-Maßnahmen auch in Mecklenburg-Vorpommern Anlass zu großer Sorge. Vor dem Hintergrund der politischen und rechtlichen Bedeutung der Wahrnehmung des Demonstrationsrechtes spricht sich der Landtag nachdrücklich für eine engagierte, aber friedliche Demonstrationskultur aus und bekräftigt seinen Beschluss auf Drucksache 6/3130.
3. Die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts kann Protest, Unmut oder Unverständnis gegenüber anderen, auch Mehrheitsmeinungen, zum Ausdruck bringen, was ein legitimer und notwendiger Bestandteil unserer demokratischen Kultur ist.
Der Landtag hält es hingegen für inakzeptabel und illegitim, Demonstrationen mit persönlichen Bedrohungsszenarien und Angriffen, seien sie physischer oder psychischer Art, auf politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Personen anderer Berufsgruppen zu verbinden und verurteilt jegliche Versuche, durch wohnortnahe Demonstrationen Druck auf diese und deren Familien aufzubauen.
Der Landtag wertet dies als Versuch der Einschüchterung zum Zwecke der Durchsetzung persönlicher wie politischer Interessen.

4. Jenseits dessen werden jegliche Angriffe auf oder Einschüchterungen gegenüber Personen, die sich beispielsweise als Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger oder in anderen Funktionen an der Durchführung der Impfkampagne oder der Durchsetzung von Corona-Virus-Schutzmaßnahmen beteiligen, scharf verurteilt.
- II. Der Landtag unterstützt die Sicherheits- und Ordnungskräfte bei der Gewährleistung des Demonstrationsrechts und verbindet dies mit der Erwartung, weiteren Radikalisierungen in öffentlichen und politischen Auseinandersetzungen Einhalt zu gebieten und auch unter Corona-Bedingungen künftige Demonstrationen zu gewährleisten. Rechtsverstößen jedweder Art muss dabei konsequent nachgegangen werden.

Jannine Rösler und Fraktion

Julian Barlen und Fraktion

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

René Domke und Fraktion